

Budgetkonsolidierung: Gute Ansätze und verpasste Chancen

Katholische Aktion vermisst Maßnahmen zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts

Die Katholische Aktion Österreich (KAÖ) verfolgt die Verhandlungen und Lösungsvorschläge rund um die Budgetkonsolidierung mit großer Aufmerksamkeit. „Als kirchliche Organisation sind uns die Rahmenbedingungen für gesellschaftlichen Zusammenhalt besonders wichtig“, erläutert Katharina Renner, Vizepräsidentin der KAÖ. „Wir sehen in den von der Bundesregierung präsentierten Vorhaben einige gute Ansätze. So begrüßen wir, dass die Banken, die von den hohen Zinsen profitieren, die Allgemeinheit an ihren Gewinnen teilhaben lassen müssen. Ebenso freuen wir uns auf die in Aussicht gestellten Investitionen in Pflege und Elementarpädagogik. Sehr bedauerlich ist es, dass abermals die Chance verpasst wurde, Schritte in Richtung Besteuerung von Millionen-Erbschaften zu tätigen. Sie wäre ein spürbarer Beitrag zu einem sozialen Ausgleich zwischen den sehr reichen und den sehr armen Menschen in unserem Land.“ Sehr kritisch bewertet die KAÖ die fehlende Valorisierung der Sozialleistungen. In Kombination mit den höheren Beiträgen, die Teilzeitbeschäftigte zur Sozialversicherung leisten sollen, würden Arbeitnehmer:innen mit geringem Einkommen – unter diesen wiederum vorwiegend Frauen – gar mehr zur Budgetkonsolidierung beitragen als die Banken und Vermögenden. Das dürfe nicht passieren. „Diese Schiefelage ist schwer nachzuvollziehen, zumal es das Versprechen gab, sozial ausgewogen budgetieren zu wollen“, stellt Renner fest.

Die Katholische Aktion weist mit allem Nachdruck darauf hin, dass die Verlässlichkeit sozialer Sicherungssysteme Grundlage für den guten Zusammenhalt einer Gesellschaft ist. „Wer aus einer Situation der Armut nicht herausfindet, ist in vielen Bereichen auch von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen“, gibt Renner zu bedenken. Deswegen wäre die soziale Ausgewogenheit der Budgetkonsolidierung bei allem verständlichen Spardruck wichtig. „Eine gerechte Gesellschaft lebt von der Teilhabe aller. Wenn Gruppen aus materieller Not heraus keine Kraft für Engagement und Beteiligung haben, schadet es dem Zusammenleben insgesamt – und damit letztlich dem Funktionieren unserer liberalen Demokratie.“